Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 98. Bielefeld, Montag, 27. April 1896. 7. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Gedenket der ausständigen Maurer und Dürkoppschen Arbeiter.

Zur Abwehr unberechtigter Streiks

soll sich für Bielefeld und Umgegend ein Verein der Fabrikanten gebildet haben. Unser Gefühl, als wir diese durch die hiesigen bürgerlichen Zeitungen gebrachte Notiz lasen, war das einer hohen sittlichen Befriedigung. Das ist auch ganz in der Ordnung, so dachten wir bei uns, daß sich die Fabrikanten gegen unberechtigte Streiks vereinigen. Es ist das nicht nur ihr gutes Recht, sondern es ist auch vom Standpunkt der Sittlichkeit und der Humanität nur mit Freuden zu begrüßen. Denn ein solcher Verein zur Abwehr unberechtigter Streiks muß mit Notwendigkeit zugleich ein Verein zur Unterstützung berechtigter Streiks werden. Muß er nicht in jedem Falle untersuchen, ob ein Streik berechtigt oder unberechtigt ist? Und muß er dann nicht, gerade wie er den unberechtigten mit aller Kraft abwehrt, ganz von selbst dazu kommen, den als berechtigt erkannten zu unterstützen? Ja, liegt nicht überhaupt schon in der Scheidung der Streiks in berechtigte und unberechtigte durch die Fabrikanten die Bethätigung eines Billigkeitsgefühls, durch welches die Lösung der sozialen Frage wahrhaft spielend leicht bewirkt werden kann?

Ach, ehrlich gestanden, wir haben von diesem Billigkeitsgefühl der Fabrikanten eine verteufelt schlechte Meinung, und zu seiner Bethätigung ein ebenso geringes Zutrauen. Es ist immer schlecht, wenn der Wolf über die Rechte des Lamms entscheiden soll. Hätten die Herren Fabrikanten wenigstens noch einen Verein zur Abwehr unberechtigt hoher Dividenden oder unberechtigt hohen Unternehmerprofits gegründet! Aber ebenso, wie die Herren niemals die Dividenden und den Unternehmerprofit zu hoch finden werden, so werden sie auch niemals einen Streik als berechtigt anerkennen, und der Name des neugegründeten Vereins ist nichts weiter als eine der schönklingenden Lügen, von welcher der ganze Sprachschatz unserer bürgerlichen Gesellschaft wimmelt, weil sie wegen ihrer Verkommenheit häufig gar nicht mehr in der Lage ist, die Wahrheit zu sagen.

Wir sind gerade jetzt in der glücklichen Lage, nachweisen zu können, was die Klasse, zu welcher das Unternehmertum gehört, aus freien Stücken den Arbeitern zukommen lassen würde. Alle Welt ist noch voll von der Reichstagsdebatte über die Verordnung des Bundesrats, die Arbeitszeit in den Bäckereien betreffend. Es wurde in dieser Debatte festgestellt, daß es wahrhaft schaudererregende Zustände sind, welche durch die Enquete aufgedeckt worden waren und nunmehr durch die Verordnung des Bundesrats beseitigt werden sollen. Eine Arbeitszeit von 18 Stunden und darüber, ist denn das überhaupt noch menschlich? Und in wie bescheidenen Grenzen hält sich die bundesrätliche Verordnung! Eine 12stündige Maximal-Arbeitszeit wird festgesetzt, welche aber in dringenden Fällen mit Erlaubnis der Behörde auch noch überschritten werden darf! Der Beweis aber, daß mit dieser 12stündigen Arbeitszeit das Bäckergewerbe sehr gut auskommen kann, ist geliefert, denn schon jetzt wird in 50 Prozent der Bäckereien die 12stündige Arbeitszeit nicht überschritten. Trotzdem waren mit Ausnahme des Zentrums die sämtlichen bürgerlichen Parteien einig in der Verurteilung der Verordnung des Bundesrats mit der ungefähren Motivierung, es habe sich noch kein Bäckergeselle zu Tode gearbeitet, oder man habe wenigstens noch keinen solchen gesehen. Und von den Konservativen ist ja wirklich im Reichstage der Antrag eingebracht worden, den Bundesrat zu ersuchen, die Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen. Wenn diese Herren sogar schon das Vorgehen des Bundesrats, die 18stündige Arbeitszeit abzuschaffen, für unberechtigt erklären, hei, wie würden sie erst gegen einen Streik der Bäckergesellen, welcher denselben Zweck haben würde, los wettern! Wir sind überzeugt, auch der Pastor auf der Kanzel würde dabei nicht fehlen, wenigstens hat der duellfreundliche Pastor Schall bei der Bäckereidebatte das Licht seines Christentums fein sorgsam unter den Scheffel gestellt.

Wir verlangen aber auch gar nicht, daß die Fabrikanten einen Streik als berechtigt anerkennen, wir fragen sie sogar nicht einmal darum. Es genügt uns vollkommen, wenn die Arbeiter denselben beschließen. Andererseits müssen wir gegen die Ueberhebung der Fabrikanten ganz energisch protestieren, mit welcher dieselben einen Streik als unberechtigt zu erklären sich anmaßen. Wenn es hierbei auf Recht und Unrecht ankäme, so könnte man vom rein menschlichen Rechtsstandpunkt aus nur sagen: Es ist überhaupt Unrecht, daß es Unternehmer und Arbeiter giebt. Aber dieser rein menschliche Rechtsstandpunkt wird erst durch den Sozialismus errungen werden. Solange wir in der kapitalistischen Gesellschaft leben, so lange es Unternehmer und Arbeiter giebt, wird das Verhältnis zwischen diesen beiden Klassen sich auch nicht nach den Anforderungen eines Rechts, welches es noch gar nicht giebt, regeln, es sind immer nur Machtfragen, um welche es sich handelt.

Die kläglichste Rolle dabei spielt derjenige Teil des Bürgertums, welcher das Anhängsel zu der Klasse der Fabrikanten bildet. Auf diesen nämlich ist die schönklingende Lüge der unberechtigten Streiks hauptsächlich berechnet und findet auch in seinem kleinbürgerlichen Gemüte sofort den gewünschten Widerhall. Diese Leute finden es ohne weiteres Nachdenken sehr richtig, daß ein Streik von Arbeitern, welche 4 und 5 Mk. täglich verdienen, für unberechtigt erklärt wird. Sie merken gar nicht, daß sie damit auf den Standpunkt des Frhrn. v. Hammerstein stehen, welcher mit 12 000 Mk. Jahreseinkommen lange nicht genug hatte, aber die heuchlerische Unverschämtheit besaß, den armen Tabakarbeitern von Minden-Ravensberg Enthaltsamkeit zu predigen. Genau dieselbe heuchlerische Unverschämtheit liegt in der Redensart vom unberechtigten Streik aus Fabrikantenmunde. Der Unternehmergewinn wird mit ebenso hoher sittlicher Befriedigung eingestrichen, wie das Verlangen der Arbeiter nach besserer Lebenshaltung mit tiefer sittlicher Entrüstung zurückgewiesen wird. Und in schuldiger Ergebenheit gegen die großen Herren des Kapitals entrüstet sich das kleinbürgerliche Anhängsel dann ebenfalls. Ist denn das Verdienst, Millionär zu sein, wirklich ein so großes, daß auch der so große Verdienst des Millionärs eine so überaus große sittliche Berechtigung hat? Man sehe nur, zu welchen Zwecken viele Millionäre ihren Verdienst anwenden. Derselbe würde zweifellos für weit sittlichere Zwecke Verwendung finden, würde er als Arbeitslohn in die Taschen der Arbeiter fließen.

Wie steht es denn nun aber in Wirklichkeit um die Lebenshaltung der Arbeiter? Ist dieselbe vielleicht doch nicht teilweise eine derartige, daß sie eine zufriedenstellende genannt werden kann? Da ist es gerade gegenüber dem öden Gefasel von unberechtigten Streiks ganz außerordentlich wichtig, festzustellen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich nur darin von einander unterscheidet, wie weit sie von einer menschenwürdigen Existenz entfernt ist. Kein einziger Arbeiter, auch der bestbezahlte nicht, ist im Stande, teil zu nehmen an den höheren Kulturerrungenschaften und dieselben mitzugenießen. Es klingt ja so großartig, 4 Mk. täglicher Verdienst! Aber 4 Mk. täglicher Verdienst sind immer nur 1200 Mk. jährlich, — Hammerstein konnte mit dem 10fachen sich nicht anständig durchschlagen — fürwahr, Arbeiter, die auch 5 Mk. täglich haben, also 1500 Mk. jährlich und das sind ja wohl ungefähr die bestbezahlten, sind nicht in der Lage, zumal wenn sie Familie haben, unsere Kultur wirklich mitgenießen zu können. Sie fahren wohl Eisenbahn, aber für sie ist nur die vierte Klasse und der Bummelzug da, vom D-Zug ganz und gar zu geschweigen. Ueberhaupt sind sie dazu verurteilt, überall billig einzukaufen. Billig aber ist natürlich auch schlecht. Und weiter, wenn der Arbeiter ein Kind hat, welches Talent besitzt, er darf gar nicht daran denken, ihm eine wissenschaft-

---

Eine Bekehrung.

Roman von **Georges Renard.**

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

24 [Nachdruck verboten.]

Aber ein Sturm von unwilligen Zwischenrufen schloß ihm den Mund. Wie konnte man solche abscheulichen Dinge nur aussprechen? Miß May strafte ihn mit einem Fächerschlag. Ein Bankier fragte ihn zornig, ob er das Kapital aus dem Lande scheuchen wolle. Ein General erklärte und drehte dabei energisch seinen Schnurrbart, daß er schon für Ordnung sorgen wolle. Mistreß Webster seufzte, weil es traurig wäre, wie die Menschen sich um niedriger, materieller Dinge wegen gegenseitig zerfleischten, anstatt die reinen Genüsse der Kunst in sich aufzunehmen . . . Die alten Herrschaften meinten leise, daß, wenn die Dinge so weit kommen sollten, eine kleine Reise zu den Orangenhainen Nizzas oder nach San Sebastian vollständigen Schutz gewähren würde, gerade wie zu den Zeiten der Kommune. Das junge Volk äußerte seine Ansicht laut dahin, daß es am klügsten wäre, leichten Herzens weiter zu tanzen und zu lieben, bis die Revolution eben käme.

Mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtete André Herrn Anatole Dusaule. Er hatte oft Gelegenheit, mit ihm zusammen zu sein. Der Philanthrop hatte für seinen Sohn um Margarethens Hand angehalten und sie auch erhalten. Die Hochzeit sollte stattfinden, sobald der Bräutigam eine feste Stellung hätte. Bei Tische sowohl wie auf der Rednertribüne fuhr der berühmte Redner fort, über das, was er den wahren Sozialismus nannte, zu predigen. Er hielt nach wie vor ungezählte Reden zum Besten der verschiedenen Wohlthätigkeitswerke.

André fiel es ein, was wohl Vater Deschamps von diesem Genossen und Bruder im Sozialismus halten würde.

„Der alte Schuft!" rief Vater Deschamps lachend. „Der will uns schön etwas weiß machen mit seiner Barmherzigkeit und Wohlthätigkeit. Er will im Grunde genommen die Reichen glauben machen, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit vollauf gethan haben, wenn sie den Armen die Brosamen, die von ihren wohlbesetzten Tischen fallen, überlassen. Und die Armen will er glauben machen, daß sie den Reichen noch zu Dank verpflichtet sein müssen, wenn man sie nicht verhungern läßt. Der ein Sozialist! Ja, höchstens so, wie Judas auch ein Jünger Jesu Christi war. Und doch freue ich mich wieder darüber, daß er sich rühmt, Sozialist zu sein. Wenn ein Schiff leck ist, wird es von den Ratten verlassen. Die bürgerliche Gesellschaft muß ihrem Untergang sehr nahe sein, wenn Herr Dusaule sich schon jetzt eine Rettungsplanke sichert."

André erwiderte nichts. Aber er mußte sich gestehen, daß es etwas anderes bedeutet, diese Leute mit Ostentation zu unterstützen, als sie soweit zu bringen, daß ihnen keine Stütze der Welt mehr nötig wäre. Er fühlte, daß es nicht darauf ankam, die Armut zu unterstützen, sondern sie aufzuheben. Er sagte sich, daß die wahre Wohlthätigkeit diejenige ist, welche daran arbeitet, sich überflüssig zu machen.

Zu gleicher Zeit betrieb er seine sozialistischen Studien mit großem Eifer, und er fand eine Art bittern Vergnügens daran, aus den Salons, in denen es von Seide rauschte und von Lichtern glänzte und funkelte, in das bescheidene Stübchen unter dem Dache zu flüchten, wo er auf einem Rohrstuhl neben dem kleinen Kaminfeuer plauderte und die Glut schürte, so daß Feuer- und Gedankenfunken zugleich aufsprühten. Hier in diesem bescheidenen Heim fühlte er sich wohl; hier genoß er das für ihn so seltene Vergnügen, frei vom Herzen weg zu sprechen. Er gab sich ganz dem intimen Reiz hin, den man empfindet, wenn man dieselben Möbel und dieselben Personen immer wieder auf dem alten bekannten Platze findet. Und dennoch war diese ruhige Stätte infolge eines eigentümlichen Gegensatzes für ihn eine Quelle neuer und starker Empfindungen. Hier erhielten seine alten, tief eingewurzelten Ueberzeugungen den ersten heftigen Stoß. Er wurde zum Denken angeregt und gezwungen, in die Tiefen seines Innern prüfend hinabzusteigen. Ein neues kräftiges Innenleben erstand in ihm.

Die feurige Beredsamkeit Vater Deschamps schien unermüdlich. Sein ganzer Körper, sein Verstand schienen, wenn er in seiner lebhaften Weise sprach, unausgesetzt zu arbeiten. In gewissen Momenten war man versucht, seinen Worten nicht zu glauben, wenn er behauptete, den Mut verloren zu haben und von den Träumen seiner Jugend längst zurückgekommen zu sein. Immer wieder kam das alte jugendliche Feuer in ihm zum Durchbruch. Die Begeisterung von 1848 stieg ihm noch immer von Zeit zu Zeit zu Kopf. Und dann trug ihn die Kraft seiner Zuversicht über die Gegenwart hinweg in die Zukunft, oder es erfaßte ihn auch ein heiliger Zorn gegen die Ungerechtigkeiten der Gegenwart.

Man mußte es einmal mit anhören, wie er gegen die Ausbeuter donnerte. Er verkündete im Anschluß daran den bevorstehenden unvermeidlichen Zusammenbruch der Gesellschaft. „Jede Regierung," sagte er, „tötet sich selbst durch die Uebertreibung ihrer Grundsätze. Die Bourgeoisie wird an dem Mißbrauch des Geldes sterben. Sie wird an der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Fäulnis zu Grunde gehen."

André hörte ihm mit Interesse zu: er empfand einen gewissen Respekt vor der freien Originalität dieses Geistes, der sich ganz allein gebildet hatte, vor dieser Herzensgüte, welche soviel Enttäuschungen nicht verbittern konnten. Besonders bewunderte André die jugendliche Lebendigkeit des Alten; und in der That, wenn André irgend einen Feind des Volkes verteidigte, wenn er einen der Grundsätze, die dem Alten so teuer waren, angriff, dann widersprach der greise Sozialist in der heftigsten Weise. Dann raste auf seinen Gegner ein wahrer Orkan unvorhergesehener Argumente, packender Worte, beredter Wendungen hernieder. Er schien ihn dann förmlich unter der Wucht seiner Worte zu Boden beugen und zermalmen zu wollen. Dann brauchte nur ein freundschaftliches Wort zu fallen und plötzlich wurde er sanfter und ruhiger, und von dem heißen Streit noch innerlich glühend, reichte er seinem Gaste die bebende Hand.

Die Diskussion hörte auch gewöhnlich an einem Punkte nur auf, um auf einen andern überzugehen. So veranlaßte die Erbschaftsfrage einen langen Redekampf.

„Sehen Sie," sagte Vater Deschamps, „wie das Prinzip des Erbrechts mit der Zeit immer mehr an Strenge nachließ. Jahrhunderte lang war der, welcher in Schande geriet, auch der Enterbte. Sogar der Sohn eines gerichtlich Bestraften war verachtet und enterbt wie sein Vater. Dann sah man ein, daß das ein Unrecht war. Man begriff, daß ein Vergehen nur an dem Thäter bestraft werden müsse.

(Fortsetzung folgt.)

liche Ausbildung geben zu lassen. Wie sollte er von seinen 1500 M. dafür die Kosten aufbringen können? Ruhig muß er zusehen, wie das Talent seines Kindes verkümmert, aus dem einzigen Grunde, weil er, der Vater, ein Arbeiter ist. Mögen doch einmal jene Herren, welche sich so sehr über die Begehrlichkeit der Arbeiter entrüsten, die Lebenshaltung, welche mit 30 M. wöchentlich möglich ist, an ihrem und ihrer Familie eigenen Leibe durchkosten. Es ist wohl richtig, daß es Arbeiterfamilien giebt, welche mit 15 M. und weniger wöchentlich auskommen müssen. Aber es ist doch geradezu frivol, daraus herleiten zu wollen, daß es denen mit 30 M. gut geht. Das beweist eben nur, daß das Kapital in seiner Erbarmungslosigkeit da, wo es die Macht hat, die Arbeiter bis an die Grenze der niedrigsten Existenzmöglichkeit hinunterdrückt, aber durchaus nicht, daß der Arbeiter mit 30 M. Wochenverdienst eine wahrhaft menschenwürdige Existenz zu führen im Stande ist. Und wieviel solcher bestbezahlten Arbeiter giebt es denn? Nein, es bleibt dabei, das Loos der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft unterscheidet sich nur dadurch von einander, wie weit sie von einer wirklichen menschenwürdigen Existenz entfernt sind. Deshalb ist auch das Wort vom unberechtigten Streik selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, nur ödes Gefasel und schönklingende Lüge.

Der Arbeiter wird eben in der kapitalistischen Klassen-Gesellschaft niemals eine wahrhaft menschenwürdige Existenz erlangen. Deswegen kämpft er für den Sozialismus.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. April. Die Vorlage über die vierten Bataillone soll, wie die „Köln. Ztg." meldet, soweit gediehen sein, daß der Gesetzentwurf schon in Kürze, voraussichtlich noch vor Pfingsten, dem Reichstage zugehen wird. Die Mehrkosten sollen „keinen nennenswerten Umfang" annehmen, so daß auf eine „glatte Erledigung" der Vorlage gerechnet werden dürfte. Die „Köln. Ztg." hofft, dem Kriegsminister werde es nun auch gelingen, baldigst den Entwurf einer neuen Militär-Strafprozeßordnung zur Vorlage zu bringen. Uns scheint diese Hoffnung im gegenwärtigen Moment am wenigsten berechtigt zu sein, nach den Andeutungen, die über die Ursachen der Zurdispositionsstellung einiger Generale gemacht wurden. Auch taucht die Nachricht immer bestimmter auf, daß die Ministertage des Herrn Bronsart von Schellendorff schon gezählt seien.

— Die Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen, wie sie durch ihre Interpellation wegen des Maximalarbeitstages für Bäcker so scharf hervortrat, ist in der fraglichen Debatte vom Minister v. Berlepsch mit Recht als eine Verleugnung der Vergangenheit der Konservativen bezeichnet worden. Das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuzztg.", empfindet diesen Vorwurf sehr schwer, um so schwerer, als sie die Richtigkeit der Berlepsch'schen Darlegungen nicht bestreiten kann und wohl auch nicht will. Ihr gegenwärtiger Chefredakteur, Dr. Kropatscheck, ist nämlich einer der wenigen Konservativen, die es mit dem Arbeiterschutz ernst nahmen, während die Mehrzahl der Junker in den arbeiterfreundlichen Versprechungen nur ein demagogisches Mittel zum Stimmenfang sahen. Die Abwehr der „Kreuzztg." sieht daher auch ganz sonderbar aus. Indem sie zunächst die thatsächlichen Gelegenheiten aufzählt, bei welchen die Konservativen für den Maximalarbeitstag eingetreten sind, liefert sie zunächst den Beweis der Richtigkeit des Berlepsch'schen Vorwurfs. Dann aber schreibt sie recht gewunden:

„Man sieht, dem Minister v. Berlepsch kann thatsächlich nicht wohl widersprochen werden. Es liegt aber für uns kein Grund zur Annahme vor, daß die Deutsch-Konservativen in ihrer Mehrheit heute über den Maximalarbeitstag anders dächten, als bis 1891. Wir würden es bedauern, wenn es anders wäre. Ihre Interpellation wegen der Bäcker-Verfügung widerspricht dieser unserer Meinung nicht. Sie war veranlaßt einmal durch die Ansicht, die Frage hätte grade in diesem Bäcker-Fall durch Gesetz geregelt werden sollen, weil die Vorbedingungen, an die § 120e die Verfügung knüpft, nicht zuträfen. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Dann glaubten die Konservativen, es sei besser statt einer Festsetzung der Tages-Arbeitszeit lieber die der Wochen-Arbeitsstunden zu wählen. Und darin stimmen wir im Hinblick darauf, daß das Bäckergewerbe wie kaum ein anderes allein für den Tag produziert, überein. Schließlich wird man sich kaum darüber wundern können, daß die Konservativen nicht grade geneigt sind, mit dem Maximalarbeitstag die Probe aufs Exempel zuerst beim Handwerk zu machen, für dessen prekäre Lage einzutreten, sie für eine ihrer ersten Pflichten halten. Jedenfalls wird man diese Bedenken verstehen. Und das kann man doch wohl behaupten: bei der Beratung der Gewerbeordnung im Jahre 1891 hat weder der Abg. Dr. Hartmann noch sonst ein Konservativer daran gedacht, daß § 120e zuerst auf Handwerksbetriebe Anwendung finden werde. Thatsächlich hatte der Minister Frhr. v. Berlepsch Recht, aber daraus ergiebt sich nicht ohne Weiteres der Schluß, daß die Konservativen ihre Vergangenheit verleugnet hätten."

Man merkt es den Sätzen an, daß dem Chefredakteur der „Kreuzztg." die Verteidigung seiner Parteigenossen sehr sauer wird. Wer überzeugter Anhänger des Maximalarbeitstages ist, dem kann es ziemlich gleich sein, wo der Anfang gemacht wird. Und daß bei den Bäckereien dringende Veranlassung zum Vorgehen vorlag, das hat auch Dr. Kropatscheck in der Kommission für Arbeiterstatistik erkannt und zugegeben; er war sogar bereit, noch weiter zu gehen als die Vorschläge. Aber bei den Junkern hat sich der Wind gedreht; sie halten es heute nicht mehr für nötig, Arbeiterfreundlichkeit zu heucheln, sie wollen nach Stummscher Manier allein mit der Politik der starken Hand arbeiten. Zu dem Zwecke haben sie die Christlich Sozialen abgeschüttelt und ihre Interpellation eingebracht. Deshalb hat auch Dr. Kropatscheck aus der Kommission für Arbeiterstatistik austreten müssen.

Das christlich soziale „Volk" bemerkt zu dem Vorgehen der Konservativen: „Die Konservativen in einer sozialpolitischen Frage völlig eines Sinnes mit dem fanatischsten der Manchestermänner — das ist vernichtend, aber nicht für die Freisinnigen. Der Reichstag will eine Reaktion gegen die kümmerlichen Anfänge der Sozialreform. Die Regierung hat so manchen Mehrheitsbeschlüssen des Reichstages widerstanden, denen sie besser nachgegeben hätte, diesmal hoffen wir auf ihre Widerstandsfähigkeit. Berlepsch bleibe hart, und was noch wichtiger ist, Berlepsch bleibe!"

Die Junker wollen indes einen neuen Vorstoß gegen die Maximalarbeitszeit in Bäckereien unternehmen. Im Reichstage ist ein von zahlreichen Mitgliedern der konservativen Partei und der Reichspartei unterstützter Antrag von Kardorff und von Manteuffel eingebracht worden, welcher lautet: Der Reichstag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen, die vom Bundesrat unter dem 4. März d. J. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mannheim. Bei den hiesigen Gewerbegerichts Wahlen wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten mit 2179 Stimmen gewählt. Die Gegner, denen die Trauben zu hoch hingen, hatten Wahlenthaltung, beziehentlich Abgabe weißer Zettel proklamiert. Sie glaubten dadurch einen gewaltigen Effekt zu erreichen, sind aber glänzend hineingefallen, denn es wurden nur zwei weiße Zettel abgegeben. In der Klasse der Unternehmervertreter brachte es die sozialdemokratische Liste auf die bedeutende Zahl von 112 Stimmen. Die Kandidaten des nationalliberalen Industrie-Vereins erhielten 380.

Ruppin, 25. April. Von der Wahlbewegung im Kreise Ruppin-Templin berichtet der „Vorwärts": Die Flugblattverteilung am Sonntag, den 19. April, ging im großen Ganzen gut von statten. Ueberall wurden unsere Genossen gut aufgenommen; die Landgendarmerie bewies meist Willen und Fähigkeit, während der Wahlzeit die Gesetzesvorschriften zu beobachten. So konnten unsere Genossen, nachdem sie sich legitimiert, ungehindert Flugblätter verbreiten. Nur der Gendarmenwachtmeister in Herzberg i. d. M. machte eine Ausnahme. Kurz nachdem unsere Genossen das Dorf betreten hatten, trat der Wachtmeister ihnen entgegen mit der Weisung, sofort das Dorf zu verlassen, wenn sie nicht verhaftet sein wollten. Aufmerksam gemacht von unseren Genossen, daß Wahlzeit sei und ob er den § 43 der Gewerbeordnung nicht kenne, antwortete er, daß er das besser wisse, sie möchten sich schnell entfernen. Als sie noch den Versuch machten, einen Bekannten zu besuchen, wurden sie auch daran verhindert und eventuell mit Gewalt bedroht. Um nicht den Zweck ihres Aufenthaltes ganz und gar vereiteln zu lassen, sahen sich unsere Genossen genötigt, weiter zu ziehen. — Es wäre wohl am Platze, wenn diesem Beamten die nötige Gesetzeskenntnis seitens seiner vorgesetzten Behörde beigebracht würde.

Aus dem Auslande.

Oesterreich-Ungarn. Die Arbeiter Wiens haben am Mittwoch Abend in zwei großartig besuchten Volksversammlungen ihre Antwort gegeben auf die Wahlreformdebatte im Parlament. Beide Versammlungen gestalteten sich zu einem Volksgericht, in dem geurteilt wurde über die schmähliche Haltung der privilegierten Parteien und ihrer Vertreter im Parlament. Das Urteil war ein vernichtendes, und die erbitterte Stimmung der Versammlungsteilnehmer, die nach vielen Tausenden zählten, sagt, daß dieses Urteil auch ein nachteiliges sein wird. Die bürgerlichen Parteien, die Vertreter der Geldsackinteressen haben im Volke nichts mehr zu holen. Sie haben abgewirtschaftet.

In Belgien haben die Bürgerlich-Radikalen mit den Sozialisten ein Wahlbündnis für die bevorstehenden Kammerwahlen geschlossen. Jetzt hat man sich nun über das gemeinsame Wahlprogramm geeinigt. Es enthält außer den allgemeinen demokratischen Forderungen (allgemeines gleiches direktes Stimmrecht vom 22. Jahre an und Wahlgeheimnis, Abschaffung des stehenden Heeres 2c.): die Verstaatlichung der Bergwerke, Eisenbahnen, Fabrikanlagen und Landwirtschaft, die Speisung und Kleidung aller unbemittelten Schulkinder. Ferner Bekämpfung jeglicher Kolonialpolitik. Die Bürgerlich-Radikalen haben sich durch Annahme dieses Programms thatsächlich auf den Boden des Sozialismus gestellt, obgleich das Wort nicht ausgesprochen ist. Diese Linksschwenkung des ehrlich-demokratischen Bürgertums liegt in der Natur der Verhältnisse. Der Sozialismus ist nur die letzte Konsequenz der Demokratie — oder vielleicht richtiger: er ist konsequente Demokratie, und jeder konsequente Demokrat muß folgerichtig zum Sozialismus gelangen. Zu dieser Konsequenz gehört aber die Loslösung von den Anschauungen und Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, die mit der Entwicklung des Kapitalismus mehr und mehr in Gegensatz zu den demokratischen Prinzipien tritt. Freilich, unter den Wortführern des Bürgertums wird die Zahl derer, denen die Konsequenz mehr gilt als das Interesse, weit überwogen von der Zahl derer, die das Interesse über die Konsequenz setzen. Und hat auch der Führer der belgischen Radikalen, Rechtsanwalt Janson, für seine Person die Konsequenz gehabt, formell sich zum Sozialismus zu bekennen, so dürfte die Zahl derer, die mit ihm gehen, eine ziemlich geringe sein.

Frankreich. Zur Krisis wird dem „Vorwärts" unterm 22. April, als vor der letzten Kammersitzung, u. a. aus Paris geschrieben: „Dasselbe Ministerium, welches zwei Mal erklärt hatte, daß die Vertrauenskundgebungen der Deputiertenkammer es ihm „zur Pflicht" machten, vor einem Mißtrauensvotum des Senats nicht zurücktreten, hat nun doch vor den Vertretern des beschränkten und indirekten Wahlrechts kapituliert. In radikalen und sozialistischen Kreisen betrachtet man die Demission des Kabinetts als eine Fahnenflucht, als einen Verrat am allgemeinen Wahlrecht. Es gab in der That zahlreiche, durchaus gesetzliche Auskunftsmittel, trotz der Verweigerung bezw. Nichtvotierung der Madagaskar Kredite durch den Senat, die nötigen Ausgaben bis zum Ablauf der Ferien zu decken. Der Senat hat zwar, kraft der von einer monarchistischen Nationalversammlung fabrizierten Verfassung das Recht der Kreditverweigerung. Dagegen steht ihm das Recht nicht zu, ein Kabinett zur Demission zu zwingen, welches in der Kammer eine Mehrheit besitzt. Der von den Verfassungsdeutern des Senats angerufene Art. 6, der von der „Verantwortlichkeit des Ministeriums vor den beiden Kammern" spricht, wurde bisher allgemein von aktiven Politikern wie von berufenen Rechtslehrern dahin interpretiert, daß der Senat nicht berechtigt sei, der Kammer seinen Willen aufzuerlegen. Der Senat erhebt aber grade diesen Anspruch, indem er die von der Kammer votierten Kredite einem anderen Ministerium unverändert bewilligen zu wollen erklärt und die Vertagung seines Votums über dieselben ausdrücklich damit motiviert, daß das gegenwärtige Kabinett durch die Nichtbeachtung seiner Mißtrauenskundgebungen die „Verfassung verletzt" habe. Unter diesen Umständen bedeutet die Demission des Kabinetts die Anerkennung der antikonstitutionellen Anmaßung des Senats.

„Die demokratische Minderheit des Senats votierte denn auch wiederum eine Protestresolution, worin das Vorgehen des Senats als verfassungswidrig erklärt und dem Kabinett „energischer denn je das Vertrauen und die Sympathie" der demokratischen Linken ausgedrückt wird. Ebenso forderten während der Abhaltung des außerordentlichen Kabinettsrates eine Abordnung radikaler Deputierter und der Vorstand des radikalen „Aktionskomitees" das Ministerium auf, vor dem Senatsvotum nicht zu weichen. Jedoch vergebens: Bourgeois hat sich der Situation nicht gewachsen gezeigt. Er zog es vor, sein Reformprogramm und seine Partei zu opfern, als zur einzig möglichen Lösung, zur Verfassungsrevision die Initiative zu ergreifen."

Die daraus gezogene Schlußfolgerung, daß damit das Uebergewicht des reaktionären Senats sanktioniert sei, scheint uns nach dem Ausfall der Kammersitzung nicht völlig zutreffend zu sein. Die Verfassungsrevision steht trotz allem auf der Tagesordnung, und daß sie davon nicht verschwindet, wird Sache der Sozialisten und Radikalen sein. Der Konflikt besteht nicht mehr allein zwischen Ministerium und Senat, sondern zwischen Senat und Kammer. Und die Kammer würde einfach Selbstmord begehen, wollte sie den reaktionären Anmaßungen des Senats weichen. Einen gewichtigen Einfluß auf die fernere Gestaltung der Dinge wird schon der Ausfall der Gemeindewahlen am 3. Mai üben. Eine der Triebfedern für das Vorgehen des Senats war die Absicht, die Wahlen durch ein reaktionäres Ministerium „machen" zu lassen. Diese Absicht ist durch die Haltung der Kammer vereitelt, denn die „Gemäßigten" haben durch ihre Stimmenthaltung am Donnerstag klar erkennen lassen, daß sie sich selbst für unfähig halten, die Regierung zu übernehmen.

Der Generalrat des Seinedepartements nahm einen Antrag an, wonach der Generalrat sich der Kundgebung des Pariser Gemeinderats zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts anschließt und erklärt, er überlasse seinem Bureau die eventuell im öffentlichen Interesse zu ergreifenden Maßnahmen.

Kuba. Der Führer der Aufständischen, Macceo, ist, wie über Madrid aus Havanna gemeldet wird, umzingelt. General Weyler hat den Aufständischen einen neuen Aufschub von 20 Tagen zur Unterwerfung bewilligt. — Ob's wahr ist?

3500 Aufständische, bei welchen sich auch Artillerie befand, hatten seit 5 Tagen das Fort Zanza bei Manzanillo belagert. General Munoz eilte zur Hilfe herbei und vertrieb die Belagerer; etwa hundert der Aufständischen wurden getötet.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 27. April.

— **Zum Ausstand der Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik vormals Dürkopp u. Co.** macht die Firma bekannt, daß morgen der Betrieb wieder überall aufgenommen werden wird. Da ohne die 1616, welche am Freitag für Weiterführung des Streiks gestimmt haben, ein geregelter Betrieb eine Unmöglichkeit ist, so klingt diese Anzeige der Firma fast wie der reine Hohn auf die Abstimmung. Daß diese 1616 sich vor ihrer Abstimmung für Weiterführung des Streiks die Worte im Flugblatt der Lohnkommission „Ehrlos handelt der welcher jetzt für Weiterführung des Streiks stimmt und später einzeln in die Fabrik zurückläuft" fest eingeprägt haben, daran zweifeln wir keinen Augenblick. Es könnte sich daher diese neueste Maßnahme der Direktion leicht abermals als ein Fehler, als eine Verrechnung herausstellen. Hoffentlich wird sie aber die Entscheidung des Streiks herbeiführen. Wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, kann die Direktion, ohne den vollständigen Verlust der Kundschaft zu riskieren, die Fabrik nicht länger still stehen lassen. Stellt sich nun jetzt, wie wir mit Sicherheit annehmen, heraus, daß ein geregelter Betrieb ohne die Beilegung des Streiks nicht möglich ist, dann ist der Streik gewonnen.

Also, Arbeiter, der Augenblick der Entscheidung ist gekommen oder steht nahe bevor; jetzt gilt es, die wahre Feuerprobe zu bestehen, haltet fest an der Solidarität, und der Sieg ist euer.

Vor allen Dingen aber rufen wir den Streikenden zu, ihre bewunderungswürdige gesetzmäßige Haltung auch morgen bei Wiedereröffnung des Betriebs zu bewahren und nicht der Polizei zu einem Einschreiten Veranlassung zu geben, durch welches der vorzügliche Stand des Streiks gefährdet werden könnte.

Die Lohnkommission hat heute das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Streikenden zeigen damit wieder einmal ihren friedliebenden Sinn. Bisher ist es immer die Direktion gewesen, welche sich schroff ablehnend verhalten hat. Im allgemeinen Interesse wäre es zu wünschen, daß die Direktion ihren Sinn geändert hätte. Die Streikenden wollen gern wieder arbeiten, aber sie werden dies nur auf einen gemeinsamen, solidarischen Beschluß hin thun.

Es wird in der Stadt das Gerücht verbreitet, als ob sich eine massenhafte Fahnenflucht bei den Streikenden eingestellt habe. Dies ist eine gemeine Lüge, verbreitet, um hierdurch erst diese Fahnenflucht hervorzurufen. Ja, diese Lüge ist außerdem eine Beleidigung der 1616, welche am Freitag für Weiterführung des Streiks gestimmt haben. Die Stimmung unter den Streikenden ist im Gegenteil eine vorzügliche. Mögen ganz vereinzelt Fälle vorgekommen sein, wo wiederum Arbeiter in die Fabrik zurückgelaufen sind. Aber was sind das auch für Arbeiter. Ueber einen wird uns berichtet, der es gethan hat, weil er seinen Schnapsdurst nicht länger bezähmen konnte. Die Kontrollversammlungen von heute Morgen haben ergeben, daß eine vollkommene Einigkeit unter den Streikenden herrscht.

Durch die Kontrolleure der Lohnkommission ist festgestellt worden, daß heute 570 Arbeiter inkl. Meister und sonstige Beamte in die Fabrik gegangen sind. Es dürften sich unter diesen 570 Arbeitern höchstens 100 erwachsene Arbeiter befinden. Die von einem Polizeibeamten gemachte Zählung stimmt mit unserem Ergebnis überein.

— **Der Klavierfabrikant Th. Mann** hat am Sonnabend, den 18. April, einen bei ihm seit 4 Jahren beschäftigten Arbeiter ins Gesicht geschlagen, ohne auch nur im geringsten hierzu gereizt worden zu sein. Der Arbeiter hat sofort die

Arbeit bei Herrn Th. Mann verlassen und die Privatklage gegen denselben eingeleitet. Herr Th. Mann ist einer der frommsten Männer in Bielefeld, wie uns mitgeteilt wird.

— **Der „Wächter"** läßt den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit auf sich sitzen, offenbar, weil er ihn nicht widerlegen kann, er widerruft aber auch nicht, sondern schimpft lustig weiter. Damit ist er für uns abgethan. Nur seine perfiden Bemerkungen zu dem Resultat der geheimen Abstimmung müssen wir noch einer Besprechung unterziehen, nicht, um eine Polemik mit ihm anzufangen, darauf verzichten wir endgiltig, sondern weil dieselben darauf berechnet sind, die Arbeiter irrezuführen und einzuschüchtern. Das Resultat dieser Abstimmung soll sich erklären

aus der intensiven Agitation für weiteres Streiken, deren Hauptstück das Flugblatt ist, welches gestern Vormittag, also in letzter Stunde vor der geheimen Abstimmung verteilt worden und so abgefaßt ist, daß die Absicht unverkennbar hervortritt. Ganz besonders durchschlagend scheint für die Entschlüsse der streikenden Mehrheit die Ansicht zu sein, daß die Firma schließlich mürbe werden und nachgeben müsse, wenn nur die Streikenden einmütig am Ausstande festhalten. Letzteres wird ihnen durch das gestrige Ergebnis insofern erleichtert, als die übrige Arbeiterschaft unter dem Eindruck der Abstimmung ihre Bereitwilligkeit zu weiterer Unterstützung der Streikenden zeigen wird. Wenn nun aber die Firma in keinem Falle nachgiebt — wie uns von zuständiger Seite in allerentschiedenster Weise versichert worden ist — dann wird Manchem, der gestern seine Stimme für Weiterführung des Streiks abgegeben hat, es als ein auf falschen Voraussetzungen beruhender Fehler erscheinen, dessen schwere Folgen er zu tragen hat.

Der „Wächter" hat leicht behaupten und — lügen. Er läßt nämlich niemals den anderen Teil zu Worte kommen. Audiatur et altera pars, eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide, scheint für ihn nicht zu existieren, wenigstens in bezug auf seinen Leserkreis. Daher ist auch eine Polemik mit ihm vollkommen unfruchtbar und wir begnügen uns, zu konstatieren, daß seine Behauptungen wiederum reine Lügen sind. Das von der Lohnkommission herausgegebene und auch unseren Lesern mitgeteilte Flugblatt, welches das Hauptstück der intensiven Agitation für den Streik genannt wird, kam zunächst nicht in letzter Stunde vor der Abstimmung zur Verteilung; verteilt wurde es zwischen 10 und 11 Uhr Vormittags, darauf gingen die Arbeiter erst nach Hause, und die Abstimmung fand um 2 Uhr nachmittags statt. Das ist also die erste Lüge.

Die zweite Lüge ist, daß das Flugblatt überhaupt für den Streik agitiert haben soll. Das wissen unsere Leser selbst am besten, und der „Wächter" hat sich auch schön gehütet, die bezüglichen Stellen abzudrucken. Es waren nur die Gesichtspunkte rein sachlich aufgeführt, welche bei der Abstimmung berücksichtigt werden müßten. Ja sogar, es war denjenigen, welche sich für Weiterführung des Streiks erklärten, die schwere Verantwortung vorgehalten, welche sie damit auf sich nähmen. „Ehrlos seid Ihr", war ihnen zugerufen worden, „wenn Ihr jetzt für Weiterführung stimmt, und hinterher doch einzeln zur Arbeit zurücklauft". Ist das etwa intensive Agitation für Weiterführung des Streiks? Allerdings war auch auf der andern Seite dem Märchen entgegen getreten worden, als ob die Firma unter keinen Umständen nachgeben werde, und die Aufwärmung hiervon ist die dritte, die gemeinste Lüge des „Wächter", welche auch hauptsächlich uns zu unserer Erwiderung veranlaßt hat. Diese Lüge ist auf die wirtschaftliche Unkenntnis der Arbeiter berechnet. Sie ist zwar unsagbar albern, aber zu einem Wauwau ist auch der albernste Popanz gut genug. Einen Streik halten auch die größten Industriekönige auf die Dauer nicht aus, deshalb sorgen diese dafür, daß „ihre" Arbeiter in solche Abhängigkeit von ihnen geraten, daß der Ausbruch eines Streiks gar nicht erst möglich ist. Dazu dienen ja die Wohlfahrtseinrichtungen, die Arbeiterwohnungen u. s. w. Dies ist hier nicht der Fall, und die Herren Dürkopp u. Co. sind auch noch lange keine Industriekönige. Wenn die Firma aus dem von ihr so leichtfertig heraufbeschworenen Streik als Sieger hervorgehen sollte, dann nicht deswegen, weil sie unnahbar ist — so etwas giebt es in der kapitalistischen Gesellschaft ein für alle Mal nicht — sondern weil die Arbeiter es an Einmütigkeit haben fehlen lassen.

Bückeburg. Der frühere Direktor der „Niedersächsischen Bank", Lindner, welcher vor einigen Tagen aus dem Gefängnis in das Krankenhaus gebracht worden war, ist gestorben.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 22. April. **Strafkammer.** Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Holle. Die Ehefrau des Zigarrenarbeiters Wilhelm Brand zu Herford war vom dortigen Schöffengericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit 20 Mk. bezw. vier Tagen Gefängnis bestraft. Die von ihr eingelegte Berufung wurde verworfen; desgleichen die Berufung des Zuckerbäckers Otto Niemeyer von hier, welcher vom Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden war. — Am 1. Januar d. Js. war es zu Minden infolge vorhergegangener Streitigkeiten zwischen dem Hauswirt Arbeiter Ferdinand Meyer zu Minden und dessen Mietern zu einer Schlägerei gekommen. Meyer hatte auf seine Gegner mehrere Schüsse abgefeuert, von denen zwei ganz unbeteiligte Personen getroffen wurden. Der Gerichtshof erkannte gegen Meyer, der von seinen Gegnern gereizt worden war, auf ein Jahr Gefängnis. M. wurde auch sofort in Haft genommen. — Das Schöffengericht zu Gütersloh hatte die Handarbeiterin Johanne Zumplasse zu Gütersloh wegen Hausfriedensbruchs mit 4 Tagen Gefängnis bestraft. Ihre Berufung wurde verworfen. — Der Weber Ludw. Neuhaus zu Sundern bei Gütersloh war am 20. Februar d. Js. vom Schöffengericht zu Gütersloh wegen qualifizierter und einfacher Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis sowie zu einer Geldstrafe von 20 Mk. bezw. 4 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Berufung wurde insofern Raum gegeben, als die 3wöchentliche Gefängnisstrafe in eine solche von 14 Tagen umgewandelt wurde. Im übrigen bleibt das erste Urteil bestehen. — Am 18. Februar d. Js. war es zu einer Prügelei zwischen den noch jugendlichen Fabrikarbeitern Heinrich Horstbrink, Heinrich Faust, August Margies, Heinrich Linne und dem Arbeiter Anton Philipp von hier gekommen. Faust war zuerst von Philipp angegriffen worden, der dann die Flucht ergriff. Horstbrink lief dem Philipp nach und versetzte ihm von hinten 2 Stiche mit einem sog. Schaber in die Schulter. Margies hatte Philipp geschlagen. Horstbrink erhielt wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängnis, Margies wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung eine Geldstrafe von 20 Mk. bezw. 4 Tage Gefängnis, Faust wurde zwar für schuldig gefunden, aber für straffrei erklärt, und Linne freigesprochen. — Der 17 Jahre alte, wiederholt wegen Vergehens gegen das Eigentum vorbestrafte Arbeiter Konrad Reuter aus Minden, hatte am 24. Februar d. Js. eine silberne Cylinderuhr und einen Handkoffer mittelst Einsteigens gestohlen. Er erhielt 6 Monate Gefängnis.

— 25. April. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Reichartz. — Der Zigarrenarbeiter Sieker zu Mellbergen wurde auf die Berufung der Staatsanwaltschaft in der Berufungsinstanz wegen Mißhandlung und Beleidigung seiner Mutter zu 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt, wobei die Vorstrafen des Angeklagten in Erwägung gezogen wurden. — Der vielfach und zwar ganz erheblich vorbestrafte Arbeiter Heinrich Knollmann zu Hausberge hatte am 9. Februar d. J. in der Waldung bei Hausberge den altersschwachen Kolon Bake aus Feldheim überfallen und diesem, indem er auf ihm kniete, unter Bedrohung mit einem großen Messer zur Herausgabe der Börse zu bewegen versucht. Der alte Mann war durch das Hinwerfen und durch den Schrecken bewußtlos geworden, und von hinzugekommenen Leuten wurde derselbe aus seiner schrecklichen Lage befreit. Der Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Der Maurergeselle Heinrich Nolteernsting zu Niederbexen, welcher am 20. Februar vom Schöffengericht zu Oeynhausen wegen Sachbeschädigung mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden war, wurde heute in der Berufungsinstanz freigesprochen. — In Abwesenheit wurde gegen den Wehrpflichtigen Hermann Böding aus Neuenkirchen bei Gütersloh wegen unerlaubter Auswanderung verhandelt. Derselbe wurde zu einer Geldstrafe von 160 Mark bezw. 32 Tagen Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter Ferdinand Parfenowa aus Königslutter, zuletzt wohnhaft zu Herford, wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft, ist geständig, im Jahre 1895 als Kassierer der Filiale des Steinsetzerverbandes zu Herford 98,45 M. unterschlagen bezw. veruntreut zu haben. Der Gerichtshof erkennt gegen ihn wegen Untreue auf 6 Monat Gefängnis und auf 2 Jahre Ehrverlust. — Der Glasmacher Ferdinand Struckmeier zu Neesen bei Minden hat am 15. Dezember v. J. den als trübsinnig bekannten Varobert Westfeld zu Hausberge durch Faustschläge ins Gesicht in roher Weise mißhandelt. Die Folge dieser Mißhandlung ist, daß sich der Zustand des Unglücklichen bedeutend verschlimmert und derselbe, der jetzt an Verfolgungswahnsinn leidet, einer Irrenanstalt zugeführt werden mußte. Der Angeklagte wurde wegen dieser Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft bis auf 14 Tage als verbüßt verrechnet wurde.

** **Bielefeld,** 25. April. **Schöffengericht.** Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Rottarp. — Wegen Beleidigung des Gendarm Z. zu Heepen stand unter Anklage der Schneider Conrad Güldner zu Hillegossen. Das Urteil gegen ihn lautete auf eine Geldstrafe von 20 Mark bezw. auf 4 Tage Gefängnis. — Der Schlachter Friedrich Schlichting aus Sieker hatte infolge eines voraufgegangenen Wortstreites am 2. Februar d. Js. den Maurer Eickmeier von hier mit einem Bierseidel vorsätzlich mißhandelt. Er wurde wegen gefährlicher Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängnis bestraft, wobei seine Vorstrafen berücksichtigt wurden. — Wegen wechselseitiger Beleidigung hatte sich der Hauswirt Handelsmann Johannes Böning und dessen Mietsleute, die Ehefrau Kaufmann Julius Mosberg von hier zu verantworten. Böning, von seiner Gegnerin gereizt, hatte dieselbe mit einem Beile verfolgt. Der Gerichtshof erkannte gegen beide auf die gleiche Strafe von 20 Mark ev. auf 4 Tage Gefängnis. — Der Lumpensammler Albert Brune zu Schildesche hatte in der Nacht vom 9. zum 10. Februar d. Js. den Schutzmann Lücke von hier öffentlich beleidigt. Es wurde gegen ihn auf eine Geldstrafe von 15 Mk. bezw. auf 3 Tage Gefängnis und auf Publikation des Urteils in der „Westf. Zeitung" erkannt. — In 3 Sachen wurde auf Freisprechung erkannt. — Zwei Sachen wurden vertagt.

Kunst und Litteratur.

Zur Naturgeschichte der Frankfurter Zeitung und der bürgerlichen Demokratie. Redaktionserlebnisse von Dr. Max Quarck. (Verlag der „Volksstimme", Frankfurt a. M. Preis 25 Pfg.)

Der demokratischen „Frankfurter Zeitung" haftet in sozialpolitischen Dingen noch heute und auch in unseren Kreisen ein gewisser guter Ruf an. Daß das große Demokratenblatt hierbei nur von dem Ueberbleibsel besserer Tage zehrt und sich längst zu rein kapitalistischer Anschauungsweise durchgemausert hat, beweist die obige Broschüre aufs Schlagendste. Sie wirft durch Schilderung von Redaktionsvorgängen interessante Schlaglichter auf diesen Mauserungsprozeß während der neuen Aera der Arbeiterschutzgesetzgebung; das Resultat war damals, daß dem Genossen Dr. Quarck ein Verbleiben in der Redaktion des demokratischen Blattes schließlich unmöglich gemacht und er durch die Logik der Thatsachen in die Reihen der Sozialdemokratie geführt wurde. Anlaß zu der Broschüre gab die um Ostern d. J. zweimal erfolgte Behauptung der „Frankfurter Zeitung", es sei eine wissentlich unwahre Angabe Quarcks, daß er wegen seiner radikalen sozialpolitischen Haltung aus ihrer Redaktion habe ausscheiden müssen. Genosse Dr. Quarck veröffentlichte daraufhin in drei Artikeln der „Frankfurter Volksstimme" den wesentlichen Inhalt der vorliegenden Broschüre, ohne daß in einem Zeitraum von drei Wochen die demokratische Frankfurter Zeitung mit einem Wörtchen darauf reagiert hätte.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 30. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nur keine Verwechselung. — Gottfried Kellers politische und soziale Lyrik. Von Franz Korn. — Aus den Vereinigten Staaten. Von F. A. Sorge. (Schluß.) — Der litterarische Nachlaß von Ludwig Pfau. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Die Atmung des Menschen. Die Dampfkraft in Deutschland und in Preußen. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Telmann. (Fortsetzung.)

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	16121,31	M.
Liste 108 (2. Rate, von den Sortierern der Ravensb. Spinnerei	68,50	„
Aus der Steinstraße (3. Rate)	7,—	„
Liste 1 (3. Wochenrate)	24,50	„
Liste 49 (2. Rate)	82,—	„
Liste 86 (2. Rate)	37,75	„
Liste 251 (2. Rate)	7,—	„
Liste 48 (2. Rate, darunter von Wirt G. H., Siechenmarschstr., 10,—, Bäcker A. G., Bürgerweg, 5,—	142,50	„
Liste 18 (2. Rate, von den organisierten Arbeitern einer hiesigen Fabrik	200,10	„
Liste 150 (2. Rate)	10,—	„
C. Wagner, Uhrmacher	5,—	„
Aus mehreren Pfeifen des Rauchklub „Blaue Wolke", Brackwede, fielen	18,84	„
Liste 106 (5. Rate)	3,—	„
Liste 123	4,—	„
Ges. auf der Hochzeit am Sonnabend i. d. Reichshalle, darunter vom Hochzeitsgeber 1,—	4,10	„
Fabrikarbeiter-Verband Lägerdorf	32,—	„
Sozialdem. Wahlverein Lägerdorf	10,—	„
Von den Kollegen bei Kretzschmar u. Ko., Löbtau b. Dresden	30,10	„
Aus Minden: Vom Kartellverein 11,15, Zigarrenfabrik B. u. Sch. 11,—, Liste 261 (1. Rate) 8,90, Liste 262 (1. Rate) 6,—, Liste 263 (1. Rate) 6,85, Liste 265 (1. Rate) 3,95	47,85	„
Liste 159 (3. Rate, Arb.-Bildungs-Verein, Wirt Vogt)	15,—	„
Von den Maurern Oeynhausens und Umgegend	8,65	„
Bei Sewing am Bürgerweg bei der Einweihung gesammelt	11,40	„
Aus Bünde: Liste 18 (von den Arbeitern am Bahnhof) 11,—, Liste 19 (von Tabakarbeitern) 6,75, Liste 13 (v. d. Maurern) 11,—, Liste 9 (von Tabakarb., 2. Rate) 7,60, amerik. Auktion eines Herings von den Unverbesserlichen in Bünder Feldmark 4,80	41,15	„
A. B.	10,—	„
Amerik. Auktion auf einer Hochzeit bei Wirt Krämer	3,50	„
Liste 194 (1. Rate)	72,10	„
Ges. im A.-B.-V. durch Kamp	4,—	„
Liste 294 (Brackwede, 1. Rate, durch Fr. Rodenbrügger)	6,—	„
Liste 173 (1. Rate)	14,50	„
Liste 114 (3. Rate)	7,80	„
Amerkanische Auktion bei Wirt Heitmann, Spenge	6,50	„
Amerik. Auktion im Siegfried für einen Kneifer	4,—	„
Auf einer roten Hochzeit b. Schnabel	3,17	„
Ernst Böke, Detmolderstr. 92	3,—	„
Liste 214 (2. Rate, Herford)	6,70	„
Liste 226 (1. Rate, Herford)	17,—	„
Liste 227 (1. Rate, Herford)	13,75	„
Liste 41 (2. Rate)	164,—	„
Liste ?	14,50	„
Buchbinder-Verband Bielefeld	20,—	„
Summa	17302,27	M.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells

Vermischtes.

Berlin. Eine überaus gemeine That vollführte ein Einbrecher, der die erhofften Früchte seiner Arbeit nicht gefunden hatte. Er war in eine Kunsthandlung eingedrungen und bemalte aus Aerger darüber, daß er nur wenig Geld fand, eine Marmorbüste Beethovens im Werte von 2500 M., wie die Polizeibehörde mitteilt, in der Weise, daß er mittelst Kopiertinte der Büste das Aussehen eines der Teilhaber der Firma zu geben suchte. Das Kunstwerk ist hierdurch entwertet worden. Die „Bemalung" ist dem Thäter aber schlecht bekommen; denn die an seinen Händen bemerkbaren Spuren der Tinte führten zu seiner Ermittelung.

Zu Bendorf bei Neuwied wurde der Postassistent auf offener Straße beraubt und ermordet.

Werte im Betrag von 18000 Mark hat dem Vernehmen nach ein aus Schwerin i. Meckl. flüchtiger Kammersekretär und Hofrat veruntreut.

Pech und Schwein hat Ahlwardt in lieblicher Abwechslung. Das Pech besteht darin, daß er am 23. April in Hoboken (bei New York) verhaftet worden ist, unter der Anklage, durch Abhalten antisemitischer Versammlungen den öffentlichen Frieden gestört zu haben. Der Richter, welchem das ehrenwerte Reichstagsmitglied vorgeführt wurde, sagte ihm: „Sie sind ein gemeingefährlicher Mensch, man muß Ihnen das Handwerk legen; für jeden Versuch, den Sie hier machen, Radau zu veranlassen, nehme ich Sie in 500 Dollars Strafe." Schwein hat der wackere Antisemite insofern, als man ihm, dem ewig Geldbedürftigen, das Reichstagsmandat für M. 5000 abkaufen will. An die Adresse des „Mr. H. Ahlwardt, Member of the German Reichstag", ging am Mittwoch Abend ein eingeschriebener Brief von früheren Anhängern ab, wie ein

solcher wohl schwerlich je an ein Parlamentsmitglied irgend eines Landes gerichtet worden ist. Das umfangreiche Schreiben besagt, Ahlwardt bringe durch seine Abenteuer die Partei in Mißkredit. Im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde, in dem früher so eifrig und mit Erfolg agitiert worden sei, könne man kaum noch wagen, eine Versammlung abzuhalten, da man befürchten müsse, von den Gegnern, und zwar nicht mit Unrecht, ausgelacht zu werden. Er habe es lange Zeit nicht einmal für nötig befunden, die an ihn gerichteten höflichen und geharnischten Schreiben zu beantworten, in denen er aufgefordert wurde, aus Amerika zurückzukehren. Jetzt habe er wohl endlich Nachricht gegeben; aber was für eine? Die Behauptung, daß Ahlwardt der Partei in Amerika besser dienen könne als im deutschen Reichstage habe nur Spott erregt. Schließlich heißt es, daß in Anbetracht des ganzen Verhalten Ahlwardts mehrere wohlhabende Männer, die allen Ernstes der Sache ein Ende machen wollen, zu dem Entschlusse gekommen seien, Ahlwardt den Vorschlag zu machen, er möge gegen eine Abstandssumme von M. 5000 sein Mandat niederlegen. Nach Eintreffen der von einem Notar zu beglaubigenden Verzichtleistung und nach ihrer Verkündigung im Reichstage werde die Summe sofort von einem New-Yorker Bankier ausgezahlt werden. Zu einer Erklärung über den Vorschlag ist eine Bedenkzeit von zehn Tagen — nach Eintreffen des Briefes in Amerika — fest gesetzt worden.

Wegen bedeutender Spielschulden hat sich in Petersburg dieser Tage ein junger Garde-Ulanen-Offizier Alexandrowski erschossen. Er gehörte einer sehr reichen Familie an; seine Mutter, die Witwe ist, hatte noch vor wenigen Jahren sechs Söhne und eine Tochter. Von den Söhnen hat nun schon der dritte Selbstmord begangen. Vor ungefähr einem Monat erlitt ein älterer Bruder, ein Offizier im Chevalier-Garderegiment, einen Spielverlust von 600 000 Rubel, die von der Mutter bezahlt wurden. Unlängst verlor nun der jüngere Bruder im Spiel mit dem kaukasischen Fürsten Eristow 40 000 Rubel, die erst nach vielen Schwierigkeiten von der Mutter bezahlt wurden, nachdem sie dem Sohne das feierliche Versprechen abgenommen hatte, er werde nie mehr spielen. Als er seinem ungewöhnlich glücklichen Mitspieler das Geld überbrachte, ließ er sich indessen verleiten, das Spielglück noch ein allerletztes Mal herauszufordern — und verlor. Unmittelbar nachher schoß er sich eine Kugel durch den Kopf.

Beim Kriegspielen verunglückt. Bei Como spielten Knaben den Krieg gegen die Abessinier; unter ihnen waren natürlich auch „General Baratieri" und der feindliche „König Menelik". Da fingen die Italiener den Menelik, banden ihm Hände und Füße fest, warfen ihn in einer Hütte aufs Stroh und legten Feuer daran. Als Leute herzukamen, da war der arme Knabe schon verbrannt.

Eine Feuersbrunst zerstörte in Antwerpen am Freitag im schönsten Stadtviertel 10 Häuser der Rue de Flandre, 6 andere wurden stark beschädigt. Zahlreiche kostbare Kunstschätze, vornehmlich alte Gemälde, sind vernichtet. Der Schaden beträgt 10 Millionen Francs.

— **Der aus dem Budapester Gefängnis** entsprungene Kasseneinbrecher Papacosta und seine zwei gleichfalls flüchtigen Genossen sind in Szolnok wieder verhaftet worden.

Der Betrieb wird morgen in allen unsern Etablissements wieder aufgenommen.

BIELEFELDER MASCHINEN-FABRIK

vormals

Dürkopp & Co.

1126]

Bekanntmachung.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß gemäß § 368 Nr. 6 d. R.-Str.-G.-B. bezw. § 44 Nr. 1, 2 und 3 des Feld- und Forstpolizeigesetzes sowie § 27 der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 24. April 1882 es bei Strafe bis 150 bezw. 50 Mark oder Haft verboten ist:

a) im **Walde Feuer anzuzünden;**
b) den **Wald** mit unverwahrtem Feuer, z. B. **brennender Zigarre oder Pfeife ohne Deckel zu betreten;**
c) im **Walde brennende oder glimmende Gegenstände** (Zündhölzchen, Zigarrenstummeln) **fortzuwerfen** oder fallen zu lassen.

Für Strafe, Wertersatz und Kosten sind gemäß § 5 des Feld- und Forstpolizeigesetzes eventuell **die Eltern** der gegen diese Bestimmungen handelnden Kinder **unmittelbar verhaftet.**

Ferner verweisen wir auf das **Verbot des Reitens und Fahrens** auf den lediglich **für den Fußverkehr bestimmten Wegen** in den städtischen und privaten Waldungen, sowie auf die Bestimmung der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 8. Oktober 1895, nach welcher **niemand seine Hunde in Feldern, Wiesen und Holzungen aufsichtslos umherlaufen** lassen darf.

Bielefeld, den 10. April 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Während der Neupflasterung der Kaiserstraße, welche am 1. Mai d. J. in Angriff genommen werden soll, werden einzelne Strecken der Straße für Fuhrwerk gänzlich gesperrt. Es wird zunächst die Strecke von der Heeperstraße bis zur Wiesenstraße gesperrt.

Die Polizei-Verwaltung.

Soeben ist erschienen bezw. im Erscheinen ist begriffen und durch die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, zu beziehen:

W. Liebknecht's

Volks-Fremdwörterbuch.

Siebente Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt.

Komplett in 13 Heften à 20 Pfg.

Volks-Lexikon.

Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige

mit besonderer Berücksichtigung der

Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik. Nebst General-Register.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von

Emanuel Wurm.

Erscheint in Heften à 20 Pfennige.

Bisher erschienen Heft 50.

Rechnungs-Formulare

liefert schnell und in sauberster Ausführung

Buchdruckerei **„Volkswacht".**

Maifeier.

Heute Abend 8½ Uhr bei Wellmann [1130

Komitee-Sitzung.

Unserm streikenden Vereinsmitgliede **H. Beckmann** zu seiner morgigen Abreise nach Hamburg ein [1129*

herzliches Lebewohl!

Verein Ravensberg.

Erich Hoffendahl

Tapezierer und Dekorateur,

Brinkstraße 3,

bringt sein großes Lager selbstgefertigter **Polstersachen** in empfehlende Erinnerung.

Reparaturen jeder Art werden unter billigster Preisberechnung ausgeführt. [1077*

Notizbücher

in verschiedenen Größen sind zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht".

Wie klage ich vor dem Gewerbe-Gericht?

Ein Ratgeber für Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten.

Von

Hermann Faber, Berlin.

Preis 20 Pfg.

Stets vorrätig in der Buchhandlung Volkswacht

Ein junger Mann erhält **Kost u. Logis** 1127*] **Friedrichstraße 44.**

Tüchtige Plätterinnen

werden gesucht bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung von

F. Küchsmann, Dampfwaschanstalt, **Vegesack** bei Bremen.

Gefl. Meldungen im Centralhôtel Dienstag Mittag von 11 bis 3 Uhr möglichst persönlich. [1128*

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,

Schulstraße 20.

Soeben ist erschienen:

Friedrich Engels.

Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften.

Mit Engels' Portrait.

Preis 20 Pfennig (Porto 5 Pfennig).

Die Bedeutung des neben Marx größten Theoretikers des modernen Sozialismus rechtfertigt es wohl, daß mir anläßlich des unerwartet jähen Todes des Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie dessen Leben in Wort und Bild vorführen.

Von **Engels Schriften** sind vorrätig:

Engels letzte Arbeit: Karl Marx: **Die Klassenkämpfe in Frankreich.** Herausgegeben und mit Vorwort versehen von Fr. Engels. 1 Mk., Porto 10 Pfg.

In dem kurz vor Beratung der Umsturzvorlage geschriebenen und während der Reichstags-Verhandlung vielfach zitierten Vorwort zeichnet Engels in meisterhafter Weise die geschichtliche Entwickelung der revolutionären Taktik des proletarischen Klassenkampfes von der Barikade bis zum allgemeinen Stimmrecht. Man könnte dieses Vorwort das politische Testament Engels nennen.

Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Mit Anhang: Die Mark. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Internationales aus dem Volksstaat. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Zur Wohnungsfrage. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Kann Europa abrüsten? 20 ₰, Porto 3 ₰.
Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Brosch. 2 M., geb. 2,50 M., Porto 20 ₰.
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Brosch. 2,50 M., geb. 3 M., Porto 20 ₰.
Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Brosch. 1 M., geb. 1,50 M., Porto 20 ₰.
In Sachen Brentano contra Marx. 1 M., Porto 20 ₰.
Marx-Engels: Das Kommunistische Manifest. 15 ₰, Porto 3 ₰.
Marx: Das Elend der Philosophie. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M., Porto 20 ₰.
Marx: Lohnarbeit und Kapital. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 ₰, Porto 5 ₰.
Marx: Enthüllungen über den Kölner Kommunisten-Prozeß. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Marx vor den Kölner Geschworenen. Mit Einleitung von Fr. Engels. 15 ₰, Porto 5 ₰.
Marx: Bürgerkrieg in Frankreich. Mit Einleitung von Fr. Engels. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Borkheim: Die Mordspatrioten. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Wolff, W.: Die schlesische Milliarde. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 ₰, Porto 5 ₰.

Diese Einleitungen zu den Marxschen Schriften sind in ihrer Knappheit geradezu Meisterstücke der historischen Darstellung einzelner Episoden des modernen Klassenkampfes.

Die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, hält folgende Broschüren vorrätig:

Curt Abel, Vier Wochen Vicewachtmeister. 86 Seiten. Preis 1 Mk.

Edmund Miller, früher Hauptmann z. D., Ein Aufschrei mißhandelter Soldaten, deutscher Landeskinder. 60 Seiten. Preis 60 Pfg.

Ernst Frank, Die Sklaven-Aufstände des Altertums. Preis 40 Pfg.

Wilh. Liebknecht, Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden. 3. Auflage. Sehr gediegene Agitationsschrift. 56 Seiten. Preis 30 Pfg.

Hochzeits-Einladungen

liefert schnell, sauber und billig

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Beim

Standesamt Bielefeld

sind eingetragen

vom 20. bis 25. April 1896:

Geburten (zusammen 27).

Söhne (9): Schneidermeister Heinrich Dellbrügge, Schlosser Wilhelm Merkelbach, Arbeiter August Kornfeld gen. Schürmann, Arbeiter Otto Leonhardt, Arbeiter Karl Steinhardt, Maurer Karl Sperling, Schornsteinfegermeister August Wittenborn, Kaufmann August Stenner, Fuhrunternehmer Heinrich Helling.

Töchter (18): Schirmmacher Wilhelm Köhler, Kaminbauer Josef Deiters, Knecht Heinrich Westerholz, Schleifer August Stender, Schneider Heinrich Meyer, Fabrikbesitzer Adrian Castanien, Restaurateur Christian Stein, Buchdrucker Heinrich Beckmann, Arbeiter Heinrich Flick, Arbeiter Wilhelm Bauch, Arbeiter Heinrich Brinkhoff, Arbeiter Gottlieb Höcker, Zuschneider Ferdinand Thölle, Tischler Louis Olfert, Tischler August Scheele, Buchdrucker Max Pietruschka, Schlosser Wilhelm Kronshage, Konditor und Wirt Ernst Schröder.

Todesfälle (13):

Wirt Karl Delbrügge, 39 Jahre. Schlosser Gustav Seidel, 40 J. Ehefrau Auguste Farwick, 47 J. Wilhelm Wiedey, 4 J. Marie Springmeier, 2 J. Juliane Stuke, 1 J. August Rüter, 9 Mon. Kgl. Eisenbahn-Stations-Assistent Ferdinand Wollong, 51 J. Posthalter Wilhelm Kampmeier, 71 J. Witwe Johanne Rieländer, 75 J. Luise Plaßmann, 8 Mon. Erna Freitag, 7 Mon. Hertha Niebuhr, 26 Tage.

Aufgebote (6 Paare).

Produktenhändler Franz Bender und Paula Emilie Riewenherm, Malergehülfe Heinrich Breuker und Anna Nagel, Schlosser Friedrich Schröder und Johanne Keller, Schieferdecker Stephan Kroll und Sofie Twittmann, Schieferdecker Franz Lühne und Friederike Oberschelp, Arbeiter Heinrich Gehner und Anna Strathmann.

Eheschließungen (16 Paare).

Kaufmann Heinrich Peppmöller und Eva Kramme, Kaufmann Hermann Brockmann und Emilie Niemann, Kassenassistent Christian Rottmann und Luise Voigt, Wirt Franz Flaßbeck und Luise Bräger, Schuhmacher Friedrich Specht und Bertha Lohmann, Hausknecht Wilhelm Helle und Wilhelmine Möller, Arbeiter August Wüstenbecker und Auguste Karnowsky, Arbeiter Richard Rheker und Anna Baack, Bäcker Ferdinand Wischmeier und Minna Knehans, Arbeiter Wilhelm Boge und Emma Brakfiek, Schuhmacher Friedrich Bille und Emma Kranzmann, Klempner Karl Lohmann und Wilhelmnie Wattenberg, Arbeiter Ernst Göhner genannt Böke und Pauline Hülsmann, Arbeiter Friedrich Obermeyer und Pauline Austmeier, Maurer Ernst Pöhlmann und Hanne Westerhoff, Händler Johann Küllmer und Luise Wischmeier.